

Krakauer Zeitung.

Nr. 253.

Montag, den 5. November

1860.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierjähriger Abonnementpreis: für Krakau 4 fl. 20 Mrt., mit Verbindung 5 fl. 25 Mrt. — Die einzelne Nummer wird mit 2 Mrt. berechnet. — Inseratsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Seite für 1 Mrt. — die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3½ Mrt.; Stempelgebühr für jede Einhaltung 20 Mrt. — Inserat-Bestellungen und Gelder übermittelt die Administration der „Krakauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Auf Allerhöchste Anordnung wird für weiland Ihre Majestät Alexandra Fedorowna, verwitwete Kaiserin von Russland, die Hofstube von Samstag den 3. d. M. angefangen durch vier Wochen mit folgender Ablösung, nämlich die ersten zwei Wochen, d. i. vom 3. bis einschließlich 16. November die diese, dann die letzten zwei Wochen, d. i. vom 17. bis einschließlich 30. November, die mindre Dauer getragen werden.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichneten Diplome den f. l. Oberstaatsrat erster Klasse, Franz Xaver von Brum, als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Klasse von Österreich allgemein zu erheben und diesen Standesvorzug auf dessen Schwiegervater, den f. l. Major, Joseph Emil Welsch, des Genieslab s., bei gleichzeitiger Übertragung seines Namens allgemein auszuteilen gründt.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 10. Oktober d. J. dem Erzbischof-Schulte-Kreisler und Börner zu Freistadt, Joseph Plautin, in Anerkennung einer vieljährigen Verdienst, das Rittertum des Franz-Josephs-Ordens allgemein zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 20. Oktober d. J. dem Kriegsminister-Vicent, Adolph Daupolis, der Kriegsmarine, die Bevollmächtigung allerhöchst allgemein zu ertheilen, dass demselben verliehene Offizierszeichen, das Rittertum des Franz-Josephs-Ordens allgemein zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 21. Oktober d. J. den kroatischen Direktor des Kroatischen Gymnasiums, Wenzel Hoffmann, zum wirklichen Direktor dieser Lehranstalt allgemein zu ernennen geruht.

Se. f. f. Arztliche Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 28. Oktober d. J. dem zummeister erster Klasse Clemens Neuentus, in Anerkennung seiner langjährigen so wohl im Feuerwehrkreise als in seiner dermaligen Befehlshabenden treuen und vorzüglichen Dienstleistung, das silberne Verdienstkreuz allgemein zu verleihen geruht.

Veränderungen in der kais. königl. Armee.

Beförderungen:

Der Oberstleutnant, Georg Eiter v. Schulheim, Kommandant des 2. Feltjäger-Bataillons, zum Obersten;

der Major, Hermann Peters, Kommandant des 20. Feldjäger-Bataill., zum Oberstleutnant, beide mit Beloßung dieser Kommanden;

der Major, Franz Weiß von Schleidenburg, des Generästabes, zum Oberstleutnant;

der Hauptmann erster Klasse, Josef Pfeiffer, des Generästabes, zum Major, beide mit Beloßung im Generästab;

endlich der Stuttgarter erster Klasse, Christian Graf Degenfeld-Schönburg, des Husaren-Regiments Fürst Franz, Liechtenstein Nr. 9, zum überzähligen Major in dem f. l. f. Apostolischen Majestät Allerhöchsten Namen führender Husaren-Regimente Nr. 1.

Ernennung:

Der Major, Ludwig Vandion, des zeitlichen Tensionstanzes, zum Kommandanten des 12. Feldjäger-Bataillons.

Verleihungen:

Dem realmalischen Linienkrieger, August Moser Karl, der Kriegs-Marine der Linienkrieger-Lieutenants: Charakter ad honores und tem bei dem Militär-entral-Rechnungs-Departement in Verantwortung stehenden Offiziere erster Klasse, Franz Umlauf, der Titel eines Rechnungsrathes.

Pensionierungen:

Der Oberst, Friedrich Süss von Rheinhausen, Kommandant des 12. Feltjäger-Bataillons;

der Major, Karl Ertl, Kommandant des Zeug-Artillerie-Kommandos Nr. 3, mit Oberstleutnant-Charakter ad honores;

dann der Major, Alois Lacovio v. Langenheim, des Infanterie-Regiments Großfürst Konstantin von Russland Nr. 18.

und den Major, Franz Werder, des Zeug-Artillerie-Kommandos Nr. 4; ferner der Haarmann erster Klasse, Franz Grenz, des Infanterie-Regiments Erzherzog Karl Salvator Nr. 77, mit Majors-Charakter ad honores.

Am 3. November 1860 ist in der f. l. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das LX. und LXI. Stück des Reichsgesetzesblattes ausgegeben und versendet worden.

Das LX. Stück enthält unter Nr. 239 das kaiserliche Patent vom 20. Oktober 1860, wemit das Statut über die Landesverteidigung im Herzogthume Solzburg erlassen wird.

Das LXI. Stück enthält unter Nr. 239 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 29. Oktober 1860, geltig für die Kontrolle des allgemeinen Sollgebietes, über die Auflösung des Kontrollamtes in Dobrudscha (Königgräber Finanzbeamte);

Nr. 240 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 29. Oktober 1860, über die Regierung der Poststellen.

Die drei Stücke zugleich wird auch das 3. halbe-Magazin der im Monate Oktober 1860 ausgegebenen Stücke des Reichs-

gesetzesblattes ausgegeben und versendet werden.

Die „N.P.Z.“ bringt folgende Mitteilungen über

die Warschauer Conferenzen: — Dass von keiner Seite ein schriftliches Abkommen nach irgend welcher Richtung hin beliebt werden möge, war — wir bereits meldeten — im Vorraus beansprucht und gewährt worden; — dass die drei Fürsten auch in

mündlicher Besprechung das von Frankreich und Sar dinien aufgestellte Nationalitätsprincip nicht anerkannt haben, wie sie dies vorher schon im schriftlichen Verkehr ihrer Kabinete gelesen, darf mit Bestimmtheit angenommen werden; — dass Österreich in keiner Weise die Absicht eines Tessin-Asiaticums in Italien kundgegeben, dass also auch Preußen und Russland betreffende Verbündete keinen nicht haben abliehen können;

— dass entlich die Tage von Warschau mit dem persönlichen Gedanken der Monarchen am 26. Oktober ihr Ergebnis noch nicht gesurden haben und dass einzeln Fragen, die in Warschau von den Monarchen nur oberflächlich berührt wurden, dementsprechend seitens der Kabinete eine ausführlichere Behandlung erfahren werden.

Wie dem Konsul'schen Bureau gemeldet wird, hat

Graf Rechberg dem diplomatischen Corps eine Erklärung über die Zusammenkunft in Warschau zu geben lassen.

Dieser Darlegung zufolge stellte Österreich drei Fragen,

nämlich zuerst: ob Russland und

Preußen die in Italien vollendeten Absichten anerkennen werden;

sodann, was für eine Haltung sie annehmen würden, falls Piemont bei einem Angriffe auf

Österreich von einer anderen Macht unterstützt werde;

und drittens, was Preußen ihm werde, falls ein Krieg ausbreche und einen Anteil des deutschen Bundes-Gebiets in seinem Bereich hineinziehe.

Graf Rechberg hat ferner angezeigt, die österreichische Regierung werde

ein in Warschau von den Monarchen betrifftendes Rundschreiben an ihre Vertreter im Auslande richten.

Der Pariser Cor. der N.P.Z. schreibt: Was die Eröffnungen des hiesigen Österreichischen Postchanciers betrifft, so glauben wir heute in der Lage zu sein, die Umlauf gelegten Gedanken auf ihren wahren Wert urzufliehen. Es ist zunächst nicht der Fall, dass

Fürst Metternich bereits eine Audienz in Saint-Cloud gehabt hat; wir wissen auf dass bestimmt, dass die Geschäft

deren kaum einen ähnlichen auszuwissen hat. Möglicher

daher immerhin die Ereignisse inmitten jenen Zwischen-

fall überholt haben, und der letztere nur noch der Bezo-

gängenheit angehören, so kann darum ein Streitstück

welches nach der Ansicht der Königlichen Regierung

dem Bunde schuldigen Rücksichten aus den Augen lädt,

nicht ohne direkte Zurückweisung bleiben. (Man be-

stoss blamlich, dasselbe als thatsächlich durch die

Eroberung von Uncona schon erledigt zu den Aten zu legen).

Der Infant Don Juan de Bourbon hat sich

aus Anlass der Abberufung des spanischen Gesandten

Diego Goetho aus Turin mit einem Schreiben an Präsident Emanuel gewandt, worin er das Verfahren des

Madridener Gabinetts missbilligt und großmuthig zu er-

klären geruht, dass er für seinen Theil auf alle seine

Rechte an der Krone Neapels verzichte. Er glaubt

nämlich in seiner doppelten Eigenschaft „als Chef der

spanischen Bourbonen“ und als Spanier überhaupt

diese Verzichtleistung abgeben und zugleich gegen Re-

gierungssacie protestieren zu müssen, welche die Sympathieen der beiden Brudervölker beeinträchtigen könnten.

Die italienischen Blätter wiederholen die telegra-

phische Nachricht über den Artikel der „Preuss. Sig.“

der die Beziehungen Preußens zu England betrifft,

dass Österreich sich gegenüber Frankreich

die vollkommenste Freiheit der Action bewahrt hat.

Dem „Vaterland“ wird hierüber aus Paris ge-

schrieben: Dass von einer österreichischen Intervention

in Italien in diesem Augenblicke keine Rede, glauben

wir schon bemerk zu haben; man kann jedoch den

Umfstand nicht genug hervorheben, dass eben so we-

nig von irgend einer Verbindlichkeit die Rede ist,

wie das Wiener Gabinet Frankreich gegenüberüber-

nommen hätte. Wir können nicht wissen, was in den

Betriff Italiens in Warschau beschlossen wurde, aber

wir glauben uns nicht zu irren, wenn wir behaupten,

dass dem Gabinet der Aulieren nichts erhoffnet wor-

den ist, was Österreich verhindern könnte, je nach den

Umständen und nach eigenem Ermess zu Weile zu ge-

ben.

Einem Gedanke folge soll der Kaiser Napoleon,

um auch den letzten Schein der Warschauer Democ-

ratie zu neutralisieren, eine spätere Zusammenkunft

mit dem Kaiser Alexander, es sei in Warschau, es sei

in einem anderen Orte, einzuleiten müssen.

Die Kongress-Idee, welche seit den Tagen vor

Warschau wieder in Circus gekommen ist, macht die

Runde durch die Blätter, si dt aber wenig Anklang.

Heute spiegt sich die „Times“ darüber aus. „Ganz

Europa“, sagt das Gayblatt, „findet sich in einem

Waffen-Waffenslaf und die Hand eines Einzel-

krieg verwickelt. Es braucht blos ein Wachposten die

lombardische Grenze zu überschreiten und jedes Heer

in Europa setzt sich in Bewegung. Der Kaiser der Franzosen räth zu einem Kongress und zwar zu dem sofortigen Zusammentreffen eines Kongresses. Aber was soll der Kongress in diesem Augenblicke thun? Wenn erst einmal Victor Emanuel im Besitz von

ganz Italien mit Ausnahme Rom und Venetiens ist und als constitutioneller König der Nation fest steht in seinem Throne sitzt, so mag er vielleicht in der Lage sein, von Europa zu begehn, dass es zwischen ihm und seinen Gegnern vermittel. Dieser Augenblick ist nicht mehr weit entfernt, und es ist Victor Emanuel's Sache, sein Herannahen zu beschleunigen. So lange aber noch nicht da ist, vermögen wir in einem Kongress blos eine Gefahr für eben jenes Principe zu erkennen, für dessen Fort sich Napoleon ausgibt.

In Korrespondenzen aus Frankfurt a. M. wird die Nachricht, Bayern habe mit Österreich einen Vertrag zur eventuellen militärischen Hilfeleistung abgeschlossen, dementirt, dagegen wird als gewiss mitgetheilt, dass ein Bundesbeschluß, welcher das Verbleiben Venetiens bei Österreich für ein unmittelbares deutsches Interesse erklärt, vorbereitet werde.

Dieser Bundesbeschluß, heißt es, werde, wenn es sich bestätige, dass Preußen in Warschau erklärt habe, es könne einem weiteren Umsturzversuch der Revolution nicht unthätig zuschauen, ein einstümiger sein.

Die Erklärung, welche der Königlich Sächsischen Gesellschaft in der letzten Bundestags-Sitzung bei der Notifikation über die Blokade von Uncona abgegeben hat, lautet nöthig: „Es befindet entweder eine Mischung des Bundes oder ein Bekennen seiner politischen Haltung und der Grundzüge, die das Verhalten seiner Glieder regeln, wenn demselben eine offizielle Benachrichtigung von einem Auge gegeben wurde, welcher Theil eines offenbaren Friedensbruchs und einer Verletzung des Völkerrechtes ist, wie die Geschäftsräte kaum einen ähnlichen auszuwissen hat. Möglicher

daher immerhin die Ereignisse inmitten jenen Zwischenfall überholt haben, und der letztere nur noch der Bezo- gängenheit angehören, so kann darum ein Streitstück welches nach der Ansicht der Königlichen Regierung dem Bunde schuldigen Rücksichten aus den Augen lädt, nicht ohne direkte Zurückweisung bleiben.“ (Man beschloss blamlich, dasselbe als thatsächlich durch die Eroberung von Uncona schon erledigt zu den Aten zu legen).

Der Infant Don Juan de Bourbon hat sich aus Anlass der Abberufung des spanischen Gesandten Diego Goetho aus Turin mit einem Schreiben an Präsident Emanuel gewandt, worin er das Verfahren des Madridener Gabinetts missbilligt und großmuthig zu erklären geruht, dass er für seinen Theil auf alle seine Rechte an der Krone Neapels verzichte. Er glaubt

nämlich in seiner doppelten Eigenschaft „als Chef der spanischen Bourbonen“ und als Spanier überhaupt diese Verzichtleistung abgeben und zugleich gegen Regierungssacie protestieren zu müssen, welche die Sympathieen der beiden Brudervölker beeinträchtigen könnten.

Die österreichischen Blätter wiederholen die telegraphische Nachricht über den Artikel der „Preuss. Sig.“ der die Beziehungen Preußens zu England betrifft, mit wahren Wohlbehagen und sind des Lobes über Preußen voll.

Die englische Regierung schreibt man der „A. A.“ toll in Götha alles versuchen um Franz II. von einem längeren Widerstand abzubringen, und das Unter-

werbten des Admirals Mundy, der dem König ein Schiff zur Verfügung gestellt, sollte nur dazu dienen

die vorjährige Abreise zu beschleunigen.

Die Kreuzz. (?) bringt eine Erklärung, welche das Resultat der Zusammenkunft katholischer und protestantischer Christen in Erfurt, von der wir seine Zeit meldeten, enthält. Es geht daraus hervor, dass sich bloß um einen gemeinschaftlichen Widerstand gegen die Revolution, dagegen nicht um eine „Kirchen-“ antrittung handelt.

Am 30. Oct. wurde die Ständekammer des Großherzogthums Luxemburg durch den Prinzen-Staats-
rat in Person eröffnet. Hr. Mich wurde zum Präsidenten gewählt.
Nachträglich erfährt man, dass das, was von den Angriffen Wahnsinnigen auf den Prinzen

sungen, welche seit beinahe zwei Jahren in gewissen Blättern ohne Unterlass wiederholt werden, aber auch oft genug die nötige Berichtigung gefunden haben.

„Die Herren Reichsräthe bedurften also darüber keiner Ausklärung; allein seit die „Wiener Zeitung“ den Vortrag der Öffentlichkeit übergeben hat, wird von Menschen der Versuch gemacht, denselben in ein falsches Licht zu stellen. Aus diesem Grunde und wegen der persönlichen Eindrücke, welche die Kundmachung in weitesten Kreisen hervorgerufen hat, sehe ich mich nun dennoch genötigt, einige Bemerkungen zu machen, welche ich so allgemein als möglich halten werde.

„Ich habe es nur mit der Sache und mit keiner Person zu thun. Wo dem Staate eine wirkliche Religion gegenüber steht, denn es kann auch, wie die Kongianer beweisen, die Beugung der Religion hinter dem Namen der Religion sich verbergen; — dort begegnet ihm die wenigstens subjektive Überzeugung von einer Nächtsnur des Wollens und Strebens, welche dem Menschen von seinem Gottes und Erbacher vorgezeichnet ist.

„Die Christen des Augsburgischen und helvetischen Bekennnisses berufen sich nur deshalb auf die heilige Schrift, weil sie dieselbe als Wort Gottes anerkennen, und ihre Religion hat diese Anerkennung zur unumgänglichen Voraussetzung. Würde eine Religionspartei Lehren verkünden, welche mit den Bedingungen des Rechtes und der Sittlichkeit unvereinbar wären, so hätte die Staatsgewalt das Recht und die Pflicht, ihre Anwendung zu verweigern. Die Adamiter und Widerläufer in ihrer ersten kriegerischen Gestalt und die Kongianer könnten in keiner Gesellschaft, welche die Zukunft für sich haben will, auf Berechtigung Anspruch machen.

„Hat aber der Staat irgend eine Kirche oder Religionsgesellschaft anerkannt, so müsste er ihr auch zugestehen, daß sie ihre Religion ungehindert ausübe und ihre Angelegenheiten nach ihren eigenen Gesetzen ordne und leite.

„Die österreichische Regierung hat diesem Grundsache weit früher und aufrichtiger gehuldigt als die protestantischen Regierungen. Die Rechte der ungarischen Protestanten sind schon seit dem 17. Jahrhundert durch besondere Verträge geregelt worden.

„In Siebenbürgen gewährleisteten Gesetze die Rechte der Christen Augsburgischen und Helvetischen Bekennnisses, wie auch der Socinianer und Unitarier, deren Aufrechthaltung Leopold I. allerdings vertrieb.

„In den Ländern des Kaiserthums, welche vormals zum deutschen Reiche gehörten und gegenwärtig zum deutschen Bunde gehören, wurden die Christen des Augsburgischen und helvetischen Bekennnisses schon vor 80 Jahren in den Genuss aller bürgerlichen und politischen Rechte gesetzt, auch erhielten sie die volle Freiheit, ihren Gottesdienst zu halten und ihre Religion nach der Vorschrift des Bekennnisses, in welchem sie ihren Einigungspunkt finden, zu üben. Damals aber unterlagen die Katholiken des Deutschen Reiches in den meisten Ländern, welche unter protestantischen Fürsten standen, noch vielfachen und harten Beschränkungen. So als bestand in England, welches man als das Musterland der Freiheitigkeit rühmt, noch jene Gesetzgebung, welche vom 16. bis zum 18. Jahrhunderte vor 80 Jahren in den Genuss aller bürgerlichen und politischen Rechte gesetzt, auch erhielten sie die volle Freiheit, ihren Gottesdienst zu halten und ihre Religion nach der Vorschrift des Bekennnisses, in welchem sie ihren Einigungspunkt finden, zu üben. Damals aber unterlagen die Katholiken des Deutschen Reiches in den meisten Ländern, welche unter protestantischen Fürsten standen, noch vielfachen und harten Beschränkungen. So als bestand in England, welches man als das Musterland der Freiheitigkeit rühmt, noch jene Gesetzgebung, welche vom 16. bis zum 18. Jahrhunderte

„Diese Zustände entsprachen weder der Würde der Gesetzgebung noch den Rechten der katholischen Kirche und den Bedingungen des sittlichen Lebens, und eine gründliche Umgestaltung lag im Interesse aller Theile. Die katholische Kirche hat eine Verfassung, welche so alt ist als sie selbst. Sie erkennt den Nachfolger des heiligen Petrus, den Römischen Papst, als ihr gemeinsames Oberhaupt an, und die Nachfolger der Apostel, die Bischöfe, regieren die einzelnen Theile der katholischen Welt unter jenen Beschränkungen, welche durch die Notwendigkeit der katholischen Einheit geprägt war, um die Katholiken durch alle Maßregeln der Grausamkeit und Willkür auszurotten. Sogar heutigen Tages sind die Katholiken Großbritanniens noch nicht dahin gekommen, wo die nicht-katholischen Christen Österreichs schon vor 80 Jahren sich befunden haben. So ist z. B. ein Katholik unsäglich, Biskönig des katholischen Irlands zu werden, und die hungrigen Katholiken Päpter müssen den Anglikanischen Bischöfen und Pfarrern Gehent geben und zur Erhaltung ihrer Wohnhäuser und Kirchen beisteuern. Diese Wohnhäuser und Kirchen sind aber sehr häufig ganz leer, denn die Anglikanischen Bischöfe, welche in England Häuser ohne Herden sind, verzeihen ihre reichen Prähenden nicht in Dublin sondern in London, und die ganze anglische Pfarrgemeinde besteht meist nur aus den Dienstleuten des Pfarrers und einem halben Dutzend anderer. So sieht es mit dem katholischen Irland im Jahre des Heiles 1860, ungetracht aller Schwärmerie für Freiheit und Menschenglück und die Revolution, in Folge deren man eine große Wohlfeilheit des Sizilianischen Schwefels hofft.

„In England aber sind die Bischöfe, welche 2 Millonen katholischer Engländer geistlich leiten, nicht einmal vom Staat anerkannt; die Duldung, welche man ihnen gewährt, besteht nur darin, daß man von ihrem Vorhandensein keine Kunde nimmt, und deswegen die Gesetze aus den Zeiten der Königin Elisabeth und des Titus Dates nicht auf sie anwendet. In Schweden, Norwegen und Dänemark sind Katholiken noch schlimmer behandelt.

„Man weiß auf Deutschland hin, allein heutiger Tages noch gibt es Länder des Deutschen Bundes, wo die Katholiken sich sehr glücklich schämen würden, wenn sie diejenigen Rechte gerössen, deren sich die nicht-katholischen Christen in Österreich schon vor 1848 erfreuten. Ich erlaube mir nur auf Holstein und Mecklenburg, sowie auf die Verhandlungen des Bundesrates in der Sache des Herrn von Kettensburg hinzuweisen.

„Die nicht-katholischen Christen haben daher gewiß alle Ursache, der österreichischen Regierung auch nur für diejenigen Grundsätze, nach denen sie vor dem Jahre 1848 behandelt wurden, dankbar zu sein. Wollen sie nicht vor offenkundigen Thatsachen Aug' und Ohr verschließen, so müssen sie eingestehen, daß Österreich den protestantischen Fürsten ein Beispiel gab, welches diese nicht einmal gegenwärtig noch sämmtlich nachgeahmt haben.

„Im Jahre 1849 wurde festgesetzt, daß jede gesetzlich anerkannte Kirche und Religionsgesellschaft das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsausübung habe und ihre Angelegenheiten selbstständig ordnen und

welches schon vor einem halben Jahrhunderte billig 31. Dezember 1851 hat diese Bestimmungen vollkommen aufrecht erhalten, und das Alerhöchste Patent vom 1. September 1859 stellt sich zur Aufgabe, jene Grundsätze auf die Protestantenten in Ungarn, Kroatien, Slavonien, der Serbischen Voivodschaft und dem Bezierer Banate in weiterer Geltung anzuwenden. Das protestantische Deutschland selbst sollte dieser Maßregel nicht folgen und ungeheilten Beifall, nicht einmal der Gustav Adolph-Verein mache eine Ausnahme. Selbst Männer, deren Parteirichtung es mit sich bringt, alles zu verurtheilen, was in Österreich geschieht, gestanden diesmal ein, daß die kaiserliche Regierung den Protestantenten alles gewährt habe, was man verlangen konnte, und sogar mehr, als man erwartet hatte. Diejenigen, welche sich den Protestantenten Ungarns als Wortschänder aufzudringen wußten, waren anderer Meinung, doch schierlich aus Gründen des Glaubens und des Gewissens. Es wäre weder recht noch möglich gewesen, die Kirche, in deren Schooß alle Länder Österreichs ihr Entwicklung erhalten, und welcher die sehr große Mehrzahl der Bewohner Österreichs angehört, von der selbstständigen Leitung ihrer eigenen Angelegenheiten auszuschließen. Se. Majestät der Kaiser glaubte daher mit vollem Rechte, daß er nicht nur als Katholik, sondern auch als Regent dazu verpflichtet sei, jenen Theil der Gesetzgebung und der Verwaltungsvorschriften, welche die Angelegenheiten der katholischen Kirche berührten, einer genauen Durchsicht zu unterziehen.

„Man muß sich erinnern wie die Gesetzgebung einer Zeit, welche noch immer manchen Leuten als das goldene Zeitalter der Auflösung erscheint, bezeichnet ist. Sogar die Zahl der Ketten, welche in der katholischen Kirche brechen durften, war bestimmt, und es war nicht erlaubt ohne Bewilligung der hohen Staatsregierung an Wochentagen ein Hochamt zu halten, das heißt, die heilige Messe mit größerer Feierlichkeit zu geben. Freilich wurden die ungähnlichen Vorschriften, welche alle Verhältnisse des kirchlichen Lebens regelten, nicht immer und überall mit Strenge durchgeführt, nicht einmal im Mittelpunkte des Reiches unter den Augen der höchsten Behörden; denn die Österreichischen Verordnungen älteren Styles glichen nicht selten Bomben, welche über die Nächsten hinwegflogen und die Entfernten in Furcht und Zittern setzten. Allein der Grundsatz, daß der Staat über alle solche Dinge zu befehlen das Recht habe, wurde stets aufrecht erhalten. Das Geschehenlassen wurde als eine unangehören Begünstigung in Anrechnung gebracht und je nach der Stimmung des Augenblicks und der Ansichten einzelner Landesvorsteher wurden längst vergessene Gesetze gleich einem verrosteten Schwert aus der Scheide wieder hervorgezogen.

„Diese Zustände entsprachen weder der Würde der Gesetzgebung noch den Rechten der katholischen Kirche und den Bedingungen des sittlichen Lebens, und eine gründliche Umgestaltung lag im Interesse aller Theile. Die katholische Kirche hat eine Verfassung, welche so alt ist als sie selbst. Sie erkennt den Nachfolger des heiligen Petrus, den Römischen Papst, als ihr gemeinsames Oberhaupt an, und die Nachfolger der Apostel, die Bischöfe, regieren die einzelnen Theile der katholischen Welt unter jenen Beschränkungen, welche durch die Notwendigkeit der katholischen Einheit geprägt war, um die Katholiken durch alle Maßregeln der Grausamkeit und Willkür auszurotten. Sogar heutigen Tages sind die Katholiken Großbritanniens noch nicht dahin gekommen, wo die nicht-katholischen Christen Österreichs schon vor 80 Jahren sich befunden haben. So ist z. B. ein Katholik unsäglich, Biskönig des katholischen Irlands zu werden, und die hungrigen Katholiken Päpter müssen den Anglikanischen Bischöfen und Pfarrern Gehent geben und zur Erhaltung ihrer Wohnhäuser und Kirchen beisteuern. Diese Wohnhäuser und Kirchen sind aber sehr häufig ganz leer, denn die Anglikanischen Bischöfe, welche in England Häuser ohne Herden sind, verzeihen ihre reichen Prähenden nicht in Dublin sondern in London, und die ganze anglische Pfarrgemeinde besteht meist nur aus den Dienstleuten des Pfarrers und einem halben Dutzend anderer. So sieht es mit dem katholischen Irland im Jahre des Heiles 1860, ungetracht aller Schwärmerie für Freiheit und Menschenglück und die Revolution, in Folge deren man eine große Wohlfeilheit des Sizilianischen Schwefels hofft.

„In England aber sind die Bischöfe, welche 2 Millonen katholischer Engländer geistlich leiten, nicht einmal vom Staat anerkannt; die Duldung, welche man ihnen gewährt, besteht nur darin, daß man von ihrem Vorhandensein keine Kunde nimmt, und deswegen die Gesetze aus den Zeiten der Königin Elisabeth und des Titus Dates nicht auf sie anwendet. In Schweden, Norwegen und Dänemark sind Katholiken noch schlimmer behandelt.

„Man weiß auf Deutschland hin, allein heutiger Tages noch gibt es Länder des Deutschen Bundes, wo die Katholiken sich sehr glücklich schämen würden, wenn sie diejenigen Rechte gerössen, deren sich die nicht-katholischen Christen in Österreich schon vor 1848 erfreuten. Ich erlaube mir nur auf Holstein und Mecklenburg, sowie auf die Verhandlungen des Bundesrates in der Sache des Herrn von Kettensburg hinzuweisen.

„Die nicht-katholischen Christen haben daher gewiß alle Ursache, der österreichischen Regierung auch nur für diejenigen Grundsätze, nach denen sie vor dem Jahre 1848 behandelt wurden, dankbar zu sein. Wollen sie nicht vor offenkundigen Thatsachen Aug' und Ohr verschließen, so müssen sie eingestehen, daß Österreich den protestantischen Fürsten ein Beispiel gab, welches diese nicht einmal gegenwärtig noch sämmtlich nachgeahmt haben.

„Im Jahre 1849 wurde festgesetzt, daß jede gesetzlich anerkannte Kirche und Religionsgesellschaft das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsausübung habe und ihre Angelegenheiten selbstständig ordnen und

welches schon vor einem halben Jahrhunderte billig 31. Dezember 1851 hat diese Bestimmungen vollkommen aufrecht erhalten, und das Alerhöchste Patent vom 1. September 1859 stellt sich zur Aufgabe, jene Grundsätze auf die Protestantenten in Ungarn, Kroatien, Slavonien, der Serbischen Voivodschaft und dem Bezierer Banate in weiterer Geltung anzuwenden. Das protestantische Deutschland selbst sollte dieser Maßregel nicht folgen und ungeheilten Beifall, nicht einmal der Gustav Adolph-Verein mache eine Ausnahme. Selbst Männer, deren Parteirichtung es mit sich bringt, alles zu verurtheilen, was in Österreich geschieht, gestanden diesmal ein, daß die kaiserliche Regierung den Protestantenten alles gewährt habe, was man verlangen konnte, und sogar mehr, als man erwartet hatte. Diejenigen, welche sich den Protestantenten Ungarns als Wortschänder aufzudringen wußten, waren anderer Meinung, doch schierlich aus Gründen des Glaubens und des Gewissens. Es wäre weder recht noch möglich gewesen, die Kirche, in deren Schooß alle Länder Österreichs ihr Entwicklung erhalten, und welcher die sehr große Mehrzahl der Bewohner Österreichs angehört, von der selbstständigen Leitung ihrer eigenen Angelegenheiten auszuschließen. Se. Majestät der Kaiser glaubte daher mit vollem Rechte, daß er nicht nur als Katholik, sondern auch als Regent dazu verpflichtet sei, jenen Theil der Gesetzgebung und der Verwaltungsvorschriften, welche die Angelegenheiten der katholischen Kirche berührten, einer genauen Durchsicht zu unterziehen.

„Man muß sich erinnern wie die Gesetzgebung einer Zeit, welche noch immer manchen Leuten als das goldene Zeitalter der Auflösung erscheint, bezeichnet ist. Sogar die Zahl der Ketten, welche in der katholischen Kirche brechen durften, war bestimmt, und es war nicht erlaubt ohne Bewilligung der hohen Staatsregierung an Wochentagen ein Hochamt zu halten, das heißt, die heilige Messe mit größerer Feierlichkeit zu geben. Freilich wurden die ungähnlichen Vorschriften, welche alle Verhältnisse des kirchlichen Lebens regelten, nicht immer und überall mit Strenge durchgeführt, nicht einmal im Mittelpunkte des Reiches unter den Augen der höchsten Behörden; denn die Österreichischen Verordnungen älteren Styles glichen nicht selten Bomben, welche über die Nächsten hinwegflogen und die Entfernten in Furcht und Zittern setzten. Allein der Grundsatz, daß der Staat über alle solche Dinge zu befehlen das Recht habe, wurde stets aufrecht erhalten. Das Geschehenlassen wurde als eine unangehören Begünstigung in Anrechnung gebracht und je nach der Stimmung des Augenblicks und der Ansichten einzelner Landesvorsteher wurden längst vergessene Gesetze gleich einem verrosteten Schwert aus der Scheide wieder hervorgezogen.

„Diese Zustände entsprachen weder der Würde der Gesetzgebung noch den Rechten der katholischen Kirche und den Bedingungen des sittlichen Lebens, und eine gründliche Umgestaltung lag im Interesse aller Theile. Die katholische Kirche hat eine Verfassung, welche so alt ist als sie selbst. Sie erkennt den Nachfolger des heiligen Petrus, den Römischen Papst, als ihr gemeinsames Oberhaupt an, und die Nachfolger der Apostel, die Bischöfe, regieren die einzelnen Theile der katholischen Welt unter jenen Beschränkungen, welche durch die Notwendigkeit der katholischen Einheit geprägt war, um die Katholiken durch alle Maßregeln der Grausamkeit und Willkür auszurotten. Sogar heutigen Tages sind die Katholiken Großbritanniens noch nicht dahin gekommen, wo die nicht-katholischen Christen Österreichs schon vor 80 Jahren sich befunden haben. So ist z. B. ein Katholik unsäglich, Biskönig des katholischen Irlands zu werden, und die hungrigen Katholiken Päpter müssen den Anglikanischen Bischöfen und Pfarrern Gehent geben und zur Erhaltung ihrer Wohnhäuser und Kirchen beisteuern. Diese Wohnhäuser und Kirchen sind aber sehr häufig ganz leer, denn die Anglikanischen Bischöfe, welche in England Häuser ohne Herden sind, verzeihen ihre reichen Prähenden nicht in Dublin sondern in London, und die ganze anglische Pfarrgemeinde besteht meist nur aus den Dienstleuten des Pfarrers und einem halben Dutzend anderer. So sieht es mit dem katholischen Irland im Jahre des Heiles 1860, ungetracht aller Schwärmerie für Freiheit und Menschenglück und die Revolution, in Folge deren man eine große Wohlfeilheit des Sizilianischen Schwefels hofft.

„In England aber sind die Bischöfe, welche 2 Millonen katholischer Engländer geistlich leiten, nicht einmal vom Staat anerkannt; die Duldung, welche man ihnen gewährt, besteht nur darin, daß man von ihrem Vorhandensein keine Kunde nimmt, und deswegen die Gesetze aus den Zeiten der Königin Elisabeth und des Titus Dates nicht auf sie anwendet. In Schweden, Norwegen und Dänemark sind Katholiken noch schlimmer behandelt.

„Man weiß auf Deutschland hin, allein heutiger Tages noch gibt es Länder des Deutschen Bundes, wo die Katholiken sich sehr glücklich schämen würden, wenn sie diejenigen Rechte gerössen, deren sich die nicht-katholischen Christen in Österreich schon vor 1848 erfreuten. Ich erlaube mir nur auf Holstein und Mecklenburg, sowie auf die Verhandlungen des Bundesrates in der Sache des Herrn von Kettensburg hinzuweisen.

„Die nicht-katholischen Christen haben daher gewiß alle Ursache, der österreichischen Regierung auch nur für diejenigen Grundsätze, nach denen sie vor dem Jahre 1848 behandelt wurden, dankbar zu sein. Wollen sie nicht vor offenkundigen Thatsachen Aug' und Ohr verschließen, so müssen sie eingestehen, daß Österreich den protestantischen Fürsten ein Beispiel gab, welches diese nicht einmal gegenwärtig noch sämmtlich nachgeahmt haben.

„Im Jahre 1849 wurde festgesetzt, daß jede gesetzlich anerkannte Kirche und Religionsgesellschaft das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsausübung habe und ihre Angelegenheiten selbstständig ordnen und

welches schon vor einem halben Jahrhunderte billig 31. Dezember 1851 hat diese Bestimmungen vollkommen aufrecht erhalten, und das Alerhöchste Patent vom 1. September 1859 stellt sich zur Aufgabe, jene Grundsätze auf die Protestantenten in Ungarn, Kroatien, Slavonien, der Serbischen Voivodschaft und dem Bezierer Banate in weiterer Geltung anzuwenden. Das protestantische Deutschland selbst sollte dieser Maßregel nicht folgen und ungeheilten Beifall, nicht einmal der Gustav Adolph-Verein mache eine Ausnahme. Selbst Männer, deren Parteirichtung es mit sich bringt, alles zu verurtheilen, was in Österreich geschieht, gestanden diesmal ein, daß die kaiserliche Regierung den Protestantenten alles gewährt habe, was man verlangen konnte, und sogar mehr, als man erwartet hatte. Diejenigen, welche sich den Protestantenten Ungarns als Wortschänder aufzudringen wußten, waren anderer Meinung, doch schierlich aus Gründen des Glaubens und des Gewissens. Es wäre weder recht noch möglich gewesen, die Kirche, in deren Schooß alle Länder Österreichs ihr Entwicklung erhalten, und welcher die sehr große Mehrzahl der Bewohner Österreichs angehört, von der selbstständigen Leitung ihrer eigenen Angelegenheiten auszuschließen. Se. Majestät der Kaiser glaubte daher mit vollem Rechte, daß er nicht nur als Katholik, sondern auch als Regent dazu verpflichtet sei, jenen Theil der Gesetzgebung und der Verwaltungsvorschriften, welche die Angelegenheiten der katholischen Kirche berührten, einer genauen Durchsicht zu unterziehen.

„Man muß sich erinnern wie die Gesetzgebung einer Zeit, welche noch immer manchen Leuten als das goldene Zeitalter der Auflösung erscheint, bezeichnet ist. Sogar die Zahl der Ketten, welche in der katholischen Kirche brechen durften, war bestimmt, und es war nicht erlaubt ohne Bewilligung der hohen Staatsregierung an Wochentagen ein Hochamt zu halten, das heißt, die heilige Messe mit größerer Feierlichkeit zu geben. Freilich wurden die ungähnlichen Vorschriften, welche alle Verhältnisse des kirchlichen Lebens regelten, nicht immer und überall mit Strenge durchgeführt, nicht einmal im Mittelpunkte des Reiches unter den Augen der höchsten Behörden; denn die Österreichischen Verordnungen älteren Styles glichen nicht selten Bomben, welche über die Nächsten hinwegflogen und die Entfernten in Furcht und Zittern setzten. Allein der Grundsatz, daß der Staat über alle solche Dinge zu befehlen das Recht habe, wurde stets aufrecht erhalten. Das Geschehenlassen wurde als eine unangehören Begünstigung in Anrechnung gebracht und je nach der Stimmung des Augenblicks und der Ansichten einzelner Landesvorsteher wurden längst vergessene Gesetze gleich einem verrosteten Schwert aus der Scheide wieder hervorgezogen.

„Diese Zustände entsprachen weder der Würde der Gesetzgebung noch den Rechten der katholischen Kirche und den Bedingungen des sittlichen Lebens, und eine gründliche Umgestaltung lag im Interesse aller Theile. Die katholische Kirche hat eine Verfassung, welche so alt ist als sie selbst. Sie erkennt den Nachfolger des heiligen Petrus, den Römischen Papst, als ihr gemeinsames Oberhaupt an, und die Nachfolger der Apostel, die Bischöfe, regieren die einzelnen Theile der katholischen Welt unter jenen Beschränkungen, welche durch die Notwendigkeit der katholischen Einheit geprägt war, um die Katholiken durch alle Maßregeln der Grausamkeit und Willkür auszurotten. Sogar heutigen Tages sind die Katholiken Großbritanniens noch nicht dahin gekommen, wo die nicht-katholischen Christen Österreichs schon vor 80 Jahren sich befunden haben. So ist z. B. ein Katholik unsäglich, Biskönig des katholischen Irlands zu werden, und die hungrigen Katholiken Päpter müssen den Anglikanischen Bischöfen und Pfarrern Gehent geben und zur Erhaltung ihrer Wohnhäuser und Kirchen beisteuern. Diese Wohnhäuser und Kirchen sind aber sehr häufig ganz leer, denn die Anglikanischen Bischöfe, welche in England Häuser ohne Herden sind, verzeihen ihre reichen Prähenden nicht in Dublin sondern in London, und die ganze anglische Pfarrgemeinde besteht meist nur aus den Dienstleuten des Pfarrers und einem halben Dutzend anderer. So sieht es mit dem katholischen Irland im Jahre des Heiles 1860, ungetracht aller Schwärmerie für Freiheit und Menschenglück und die Revolution, in Folge deren man eine große Wohlfeilheit des Sizilianischen Schwefels hofft.

„In England aber sind die Bischöfe, welche 2 Millonen katholischer Engländer geistlich leiten, nicht einmal vom Staat anerkannt; die Duldung, welche man ihnen gewährt, besteht nur darin, daß man von ihrem Vorhandensein keine Kunde nimmt, und deswegen die Gesetze aus den Zeiten der Königin Elisabeth und des Titus Dates nicht auf sie anwendet. In Schweden, Norwegen und Dänemark sind Katholiken noch schlimmer behandelt.

„Man weiß auf Deutschland hin, allein heutiger Tages noch gibt es Länder des Deutschen Bundes, wo die Katholiken sich sehr glücklich schämen würden, wenn sie diejenigen Rechte gerössen, deren sich die nicht-katholischen Christen in Österreich schon vor 1848 erfreuten. Ich erlaube mir nur auf Holstein und Mecklenburg, sowie auf die Verhandlungen des Bundesrates in der Sache des Herrn von Kettensburg hinzuweisen.

„Die nicht-katholischen Christen haben daher gewiß alle Ursache, der österreichischen Regierung auch nur für diejenigen Grundsätze, nach denen sie vor dem Jahre 1848 behandelt wurden, dankbar zu sein. Wollen sie nicht vor offenkundigen Thatsachen Aug' und Ohr verschließen, so müssen sie eingestehen, daß Österreich den protestantischen Fürsten ein Beispiel gab, welches diese nicht einmal gegenwärtig noch sämmtlich nachgeahmt haben.

„Im Jahre 1849 wurde festgesetzt, daß jede gesetzlich anerkannte Kirche und

Freiburg und wohnte im erzbischöflichen Palast. Wie man den „N. P. Z.“ schreibt, hat es großes Aufsehen erregt, daß am zweiten Tage seiner Anwesenheit dort selbst ein Gendarm im erzbischöflichen Schlosse erschien und anfragte, wie lange der Kardinal in Freiburg verweilen werde.

Am 17. November wird in Berlin eine Sitzung der ständigen Deputation des deutschen Juristen-tages statt finden; als Gegenstand der Berathung ist bezeichnet: in welcher Weise, ohne den Petitionsweg zu betreten, auf den Erlass eines allgemeinen deutschen Strafgesetzes und eines allgemeinen deutschen Obligationsrechtes hinzuwirken sei.

Frankreich.

Paris, 31. Oct. Dem Berichte zufolge, den der „Moniteur“ heute über die gestrige Revue bringt, war nicht die ganze Kaisergarde, sondern 24 Bataillone Infanterie, 8 Schwadronen Cavallerie, 12 Batterien Artillerie, die Brückenequipage und eine Traincompagnie anwesend. Der kaiserliche Prinz nahm an dem Mittagessen der Korporale und Soldatenkinder Theil, eine Episode, die wie der Moniteur sagt, rührend gewesen ist, sowohl durch das Benehmen des Prinzen, als durch den Enthusiasmus der dichtgedrängt herumstehenden Soldaten. — Die Cavallerie-Division der Armee von Lyon soll wieder vervollständigt werden. General Partouneau soll sie befehligen. — Der „Constitutionnel“ plädiert heute neuerdings für den Kongress. — Den Versicherungen des „Constitutionnel“ von der Sehnsucht Frankreichs nach dem Kongreß gegenüber, auf welchem die schwedenden Fragen friedlich gelöst werden sollen, sind die vermehrten kriegerischen Anzeichen, wie die wiederholten Berothungen der Marschälle, in welchen die Bildung einer Reserve-Armee beschlossen wurde, der von dem Marine-Ministerium ertheilte Auftrag, alle Transportschiffe, die sich zur Aufnahme von Truppen eignen, in Verantwortung zu halten, die bei großen Rücken der kaiserlichen Garde sonst nicht üblichen Kriegsmorävers, welche die Garde bei den letzten Revues vor dem Kaiser ausführte, die Erhöhung der Zahl der Militärzölzlinge von St. Cyr von 260 auf 350 u. s. w. fiktive Kongressvorbereitungen. Vieelleicht sagt man jetzt: „Si vis congressum, parabellum,“ obwohl man in der That vielmehr zum Kongreß zu rüsten scheint um die Aufmerksamkeit von den Kriegsrüstungen abzulenken. In den Provinzen, zumal im südlichen Frankreich, herrscht eine den Kriegsglästen keineswegs günstige Stimmung. Handel und Wandel stecken und die Steuern werden immer drückender. — Die jüngste Versammlung der französischen Marschälle in St. Gaud soll nicht bloß die Herstellung einer Reserve-Armee nach einem neuen System, sondern auch das Projekt eines großen Militär-Etablissements in Bourges zu berathen gehabt haben. — Das Warshawer Telegramm der Agentur Havas, worin gesagt wird, daß in der Konferenz der Souveräne kein Beschluss und keine Resolution irgend welcher Art festgestellt worden sei, ist hier fabriziert und ganz fertig nach Warschau gesandt worden, um von dort nach Paris zurück spedit zu werden. — Die Erhebung der Tabakspreise hat in der arbeitenden Classe eine bedeutende Aufregung verursacht, welche selbst zu Demonstrationen geführt hat. Der „Constitutionnel“ ist beauftragt worden, einen beruhigenden Artikel zu schreiben. — Die Broschüre der „Kaiser-Papst“ wird Herrn Gayla, dem früheren Redakteur democraticher Journales, zugeschrieben.

Paris, 1. November. Die Nachricht, daß der französische Admiral Le Barbier de Tinan die sardinische Flotte verhindert habe, das neapolitanische Lager am Aufstasse des Garigliano zu beschließen, hat in Paris einiges Aufsehen erregt, soll aber in London einen wahren Sturm hervorgerufen haben. —

Der während seines Urlaubs vom Ackerbau-Minister Rouher vertretene Minister des Inneren, Billaut, hat seine Geschäfte wieder übernommen und auch schon gestern dem Ministerrath beigegeben. Durch Kaiserliches Dekret vom gestrigen Tage ist Pelletier als freies Mitglied der Kunst-Akademie bestätigt worden. — General Gayon soll sit, wie es heißt, dem heiligen Vater gegenüber anhören gemacht haben, auch Orvieto wieder zu beziehen, allein gerade in dem Augenblicke als es sich an die sein Versprechen auszuführen, erhielt er Gegebenheit von Paris. — Es wird nun auch für die Küstenverteidigungs-Arbeiten ein außerordentlicher Gedanke eröffnet werden. Der geschehende Körper wird ihn bei seinem späteren Zusammentreten legalisieren. — Herr de la Motte le Nourry soll zum Gegenamiraal befördert werden, um an der Stelle Jhenn's, der in einem Monat das vorschriftmäßige Dienstalter erreicht hat, das Unter-Commando in dem französischen Mittelmeer-Geschwader zu übernehmen. — Das Colonie-Ministerium soll eingehen, und um den algerischen Conflikt gründlich bezulegen, werden wahrscheinlich General Marimpré und Minister Chassé loup Laubat zu gleicher Zeit zurücktreten. Die afrikanische Colonie soll eine Stathalterchaft unter Mac Mahon werden. — Herr Mirez soll sich auf Unterhandlungen über das türkische Anhänger eingelassen haben, jedoch unter Bedingungen, die freilich in der eigenthümlichen finanziellen Situation ihrer Erklärung finden. — An der pariser Douane sind in den fünf Monaten vom 15. Mai bis 15. Oktober d. J. für 136 400,000 Fr. Waaren exportirt, für 14 Mill. 600,000 Fr. mehr, als im gleichen Zeitraum des vorigen Jahres. — Es erscheint demnächst ein interessantes Werk, beschriftet: „Le ministère public et le barreau,“ von einem unserer hervorragendsten jungen Attukaten, Herrn H. Moreau. Ein ziemlich umfangreicher Brief unseres berühmtesten Redners, Herrn Bezierer, über die Rechte und die Pflichten der Verteidigung, wird dem Buche vorgelegt sein. Der Brie wird eine große Sensation machen.

Die „Union“ bespricht heute in einem längeren vor dem geistreichen Riancy gezeichneten Artikel in sehr wohlwollender Weise die österreichischen Reformen.

Spanien.

Das Attentat auf die Königin, schreibt ein Major der Corrispondent der „A. A. Z.“ ist, da es nicht gelückt und der Verbrecher eine Person ohne alle Bedeutung, beinahe unbemerkt vorübergegangen. Der genannte Rodriguez ist der natürliche Sohn eines Richters der ersten Instanz und einer Bäuerin und verlor seine Mutter und seinen Vater, als er eben lesen und schreiben gelernt. Allein in der Welt, wollte er als freiwilliger in die Armee treten, wurde aber zurückgewiesen, weil er nicht das nötige Alter hatte. Nun die Teilnahme eines Mannes, der ihm eine Stellung als Bedienter bei einem Deputirten der conservativen Partei verschaffte, rettete ihm vom Selbstmord. Sein Herr war sehr mit ihm zufrieden, und lobte seinen Charakter, seine Geduld und seinen Eifer. Trotz aller Rücksicht, mit der man ihn behandelte, blieb er unzufrieden mit seinem Schicksal, und neue Selbstmordsgedanken führten ihn, nach seinem Geständniß, zu dem Entschluß, die Königin zu ermorden, in der Hoffnung, daß dann eine Revolution ausbrechen würde, die ihm ähnlich werden könnte. Das politische Fanatismus dieser ist, sowohl durch das Benehmen des Prinzen, als durch den Enthusiasmus der dichtgedrängt herumstehenden Soldaten. — Die Cavallerie-Division der Armee von Lyon soll wieder vervollständigt werden. General Partouneau soll sie befehligen. — Der „Constitutionnel“ plädiert heute neuerdings für den Kongreß. — Den Versicherungen des „Constitutionnel“ von der Sehnsucht Frankreichs nach dem Kongreß gegenüber, auf welchem die schwedenden Fragen friedlich gelöst werden sollen, sind die vermehrten kriegerischen Anzeichen, wie die wiederholten Berothungen der Marschälle, in welchen die Bildung einer Reserve-Armee beschlossen wurde, der von dem Marine-Ministerium ertheilte Auftrag, alle Transportschiffe, die sich zur Aufnahme von Truppen eignen, in Verantwortung zu halten, die bei großen Rücken der kaiserlichen Garde sonst nicht üblichen Kriegsmorävers, welche die Garde bei den letzten Revues vor dem Kaiser ausführte, die Erhöhung der Zahl der Militärzölzlinge von St. Cyr von 260 auf 350 u. s. w. fiktive Kongressvorbereitungen. Vieelleicht sagt man jetzt: „Si vis congressum, parabellum,“ obwohl man in der That vielmehr zum Kongreß zu rüsten scheint um die Aufmerksamkeit von den Kriegsrüstungen abzulenken. In den Provinzen, zumal im südlichen Frankreich, herrscht eine den Kriegsglästen keineswegs günstige Stimmung. Handel und Wandel stecken und die Steuern werden immer drückender. — Die jüngste Versammlung der französischen Marschälle in St. Gaud soll nicht bloß die Herstellung einer Reserve-Armee nach einem neuen System, sondern auch das Projekt eines großen Militär-Etablissements in Bourges zu berathen gehabt haben. — Das Warshawer Telegramm der Agentur Havas, worin gesagt wird, daß in der Konferenz der Souveräne kein Beschluss und keine Resolution irgend welcher Art festgestellt worden sei, ist hier fabriziert und ganz fertig nach Paris zurück spedit zu werden. — Die Erhebung der Tabakspreise hat in der arbeitenden Classe eine bedeutende Aufregung verursacht, welche selbst zu Demonstrationen geführt hat. Der „Constitutionnel“ ist beauftragt worden, einen beruhigenden Artikel zu schreiben. — Die Broschüre der „Kaiser-Papst“ wird Herrn Gayla, dem früheren Redakteur democraticher Journales, zugeschrieben.

Großbritannien.

London, 30. Oktbr. Graf Ludolf, der bevollmächtigte Minister und außerordentliche Gesandte des Königs beider Sicilien, hatte vorgestern in Windfuß eine Audienz bei der Königin und überreichte derselben in Schreiben seines Sovereigns. — Für den chinesischen Krieg, der sich doch erst im Anfangsstadium befindet, sind bereits an 10.000.000 £. vorläufig berechnet, um den Ausfall, den die Rüstungen des vorigen Jahres verursacht hatten, zu decken; 1.111.920 £. Zuschlag zu den Armeen-Boranschlägen des laufenden Jahres; 4.206.104 £., welche ausdrücklich für diesen Krieg verlangt wurden, und außerdem verschiedene Supplementar-Credite im Gesamtbetrag von 3.356.104 £. Macht zusammen so ziemlich das Erträgnis der Einkommensteuer aus. — Der Prinz von Wales wird in den nächsten Tagen von Amerika zurückkehren. Wenn die Witterung der Ueberfahrt günstig ist, kann er morgen schon in Sicht der Britischen Südküste sein, von wo ein ansehnliches Geschwader ihm entgegenfahren wird, ihn zu begrüßen. (In Boston wurde Se. k. hoh. mit denselben Enthusiasmus empfangen, wie anderwärts in den Vereinigten Staaten.)

Lord Palmerston ist wieder in London. Sein Aufzug nach Yorkshire ist unerwartet schnell zum Abschluß gekommen; denn Lady Palmerston, die sich am Sonnabend eine Erkrankung zugezogen hatte, wurde so leid, daß es der Premier für's Gesundtheit hielt, sie ohne Bergzug nach London zu bringen. Die Irische Brigade wird nun doch, wie vielleicht Anfangs vermuteten, ohne Zubihör der englischen Regierung nach Irland zurückkehren. Das gegenwärtige Gerücht mag in der boshaften Absicht ausgespielt worden sein, den betreffenden Geldsammelungen Einhalt zu thun. Die Rückkehrenden sind von Havre aus wohl am heutigen Tage glücklich in Cork eingetroffen, wo entsprechende Vorbereitungen für ihren Empfang und mehrjährige Aufenthalt getroffen sind.

Italien.

Ein Turiner Corr. des „Vaterland“ schreibt: Wir erklären offen und laut, die positive Gewissheit darüber zu haben, daß der Friede von Villafranca in der Absicht geschlossen wurde, ihn sobald als möglich zu Si, in dem anderen mit No. Zu beiden Seiten waren wieder Gänge gemacht, ebenfalls durch die Nationalgarde besetzt, um denen, welche gestimmt hatten, Raum zu geben, sich zu entfernen. Hinter dem Comitato war eine Tribune errichtet, auf der, auf Bänken sitzend, eine Menge Damen zu sehen waren. Ueber dieser prahlten auf rohem Grunde die Worte: „Wir wollen ein einiges Italien, und als konstitutioneller König Victor Emanuel und seine Nachkommen.“ Hieraus ersieht Sie, daß es unmöglich war, unbemerkt sein Votum abzugeben, außer für diejenigen, welche ihr Comitato mitgebracht und deren waren nur eine kleine Anzahl. Aller Augen sahen auf den Comitato und welche ihm, wenn er seine Hand nach dem Comitato ausstrecken wollte, in dem das No befindlich.“

Ueber die Abstimmung auf Sizilien schreibt man noch dem „Journ. des Débats“: In Palermo subi die ganze Noblesse nach der Promenade im englischen Garten. Dort fußt gutes aus, um zur Wohlung zu gehen. Abends war allgemeine Illumination, alle Straßen waren mit Fahnen geschmückt. Die Stadt Girgenti allein zeigte sich der Annexion abgeneigt; sie gab 70 Nein ab, eine Zahl, die an keinem anderen Platze erreicht ward.

Der Prodigator Mordini in Palermo hat bewohlen, daß das Zimmer, welches Garibaldi in dem Palazzo beim königlichen Palaste bewohnt, für inner in dem gegnerischen Zustande erhalten und das Andenken an den Aufenthalt Garibaldis durch eine Marmortafel verewigt werden soll. — General Canini und andere Offiziere des Siziliens erlitten einen Aufmarsch auf die Siziliane zu Bettägen, um ein Lanthaus am Fuße des Pellegrino zu kaufen und es Garibaldi zum Geschenke zu machen.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

* Gestern eröffnete die unter Direction des Herrn Julius Pfeiffer stehende polnische Schauspieler-Gesellschaft, von ihrer Sommerreise zurückgekehrt, in dem neu restaurirten Theatergebäude die Winteraison mit der Darstellung des Lustspiels Alex. Fredro's: „Mödhengelübde“, eines der Meisterwerke der polnischen Literatur und eines Baudebiles voll französischer Übersetzung nichts eingebüßt. Die Fräulein Biedrońska und Sophie und Dr. Benda, die Herren Benda, Karasnicki, Janowski — alte Bekannte — wurden zum Theil bei ihrem Auftritten, auf dem vollen Hause mit Applaus begrüßt, zum Schlusse sämmtlich gerufen. — Das angekündigte Concert des Polinvirten und Componisten Herrn Kap. Lada findet Mittwoch den 7. d. statt.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Bei der Verlosung der Staatschuldverschreibungen des Otto-Anleihens vom 15. März 1860 wurden folgende Gewinnzahlen gezogen: Aus der Serie 2494 gewinnt Nr. 9 300,000 fl. aus der Serie 11.467 Nr. 1 50,000 fl. aus der Serie 14.613 Nr. 3 25.000 fl. aus der Serie 14.613 Nr. 3 10,000 fl. aus der Serie 16.880 Nr. 12 10,000 fl. Je 5000 fl. gewinnen aus der Serie 13.387 Nr. 10, 11.467 Nr. 17, 5161 Nr. 8, 12.4847 Nr. 6, 12.229 Nr. 20, 15.589 Nr. 12, 10.467 Nr. 10, 18.004 Nr. 13, 16.209 Nr. 19, 11.467 Nr. 16, 16.880 Nr. 5, 16.880 Nr. 16, 18.810 Nr. 14, 16.339 Nr. 12 und 18.004 Nr. 10.

— Bei der am 1. d. Vormittags 10 Uhr vorgenommenen 325. Verlosung der älteren Staatschuld wurde gezogen: Serie Nr. 131: diese enthält Bank-Obligationen zu 2 % verz. und zwar von Nr. 32.657 bis einschließlich 37.817. Kapitalsbetrag 1.242.350 fl. Interessen nach herabgesetztes Zinsfuß 24.847 fl. Jerner bei der 326. Verleihung wurde gezogen: Serie Nr. 134: enthält böhmisch-sächsische Araria-Obligationen von verschiedenem Zinsfuß, und zwar von Nr. 147.177 bis 148.762. Endlich bei der 327. Verleihung wurde gezogen: Serie Nr. 305: enthält Obligationen des vom Hause Bell aufgenommenen vierten Littera G zu 4 Prozent, von Nr. 41 bis 600; dann Littera A zu 4 Prozent von Nr. 143 bis 288.

Paris, 2. November. Schlußcourse: Börse. Rente 69 30. — 4% verz. 95.70. — Staatsbank 49 1/2. — Credit Mob. 717. — Lombard 483. — Detter. Credit. Aktien 332. — Consols mit 93 gewobt. Haltung fest.

Krämer-Cours am 2. Novbr. Silber-Stube Agio fl. soln. 110 verl. fl. voln. 108 gez. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. voln. 143 verlangt, 337 bezahlt. — Preuß. Courant für 150 fl. österr. Währung Thaler 75 verlangt, 74 bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. fl. 134 verz. 132 bezahlt. — Russische Imversals fl. 10.70 verz. 10.70 bezahlt. — Napoleonb'rs fl. 10.70 verlangt, 10.50 bezahlt. — Holländische österr. Hand-Dukaten fl. 6.36 verl. 6.16 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Goups fl. v. 100 1/2 verl. 99 1/2 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons fl. österr. Währung 66 1/2 verl. 85 1/2 bezahlt. — Grundstücks-Obligationen österr. Währung 69 1/2 verlangt, 68 bez. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währ. 75 verlangt, 74 bezahlt. Aktie der Carl-Ludwig-Werke, ohne Coupons mit der Einzahlung 60% fl. österr. Währ. 152 verl. 150 bez.

Neueste Nachrichten.

Darmstadt, 3. Nov. Die zweite Kammer beschloß in der heutigen Sitzung mit 34 gegen 6 Stimmen bei ihrem Beschuß über die katholische Frage.

London, 3. Nov. „Daily news“ teilten mit, daß Lord John Russell unter 27. v. M. eine Despatch an Sir Hudson nach Turin abgesandt habe, in welcher es heißt: England könne nicht sagen, daß die Italiener nicht gute Gründe gehabt hätten, ihren Regierungen Widerstand zu leisten; England könne auch den König Victor Emanuel nicht tadeln, daß er denselben beigestanden habe.

Aus Corfu, 30. Oct., wird gemeldet: Hier liegen die Linien-Schiffe Marlborough, Victor Emanuel, Crescent, Orion und Neptune. London und Exmouth sowie die Fregatten Bessy und Melampus werden erwartet. Die Kanonenboote Assurance und Alacrity sollen ebenfalls eintreffen. Provisionen für 6000 Mann werden bereitstehen. Vice-Admiral Martin bezog auf dem Lande eine Wohnung, seine Familie wird von Malta erwartet. Einem Gerücht zufolge werde ein Theil der englischen Flotte nach Gallara gehen.

Paris, 2. November. Aus Turin wird gemeldet, es sei unwahr daß Admiral Persano bei Gaeta das Feuer eingestellt habe.

Aus Italien liegen noch folgende Nachrichten vor:

Die „Perseveranza“ meldet aus Turin vom 1. d. Victor Emanuel ist am Garigliano. Garibaldi bombardirt Capua. Die k. neapolitanischen Truppen bereiten sich zu einer Entscheidungsschlacht am Garigliano vor, wo sie sich konzentrieren und befestigen. Die Briseate Pinelli rückt aus Umbrien den Piemonten vor Gaeta zur Verstärkung nach.

Die „Perseveranza“ meldet: Della Rocca eröffnete am 2. d. M. das Feuer gegen Capua. Heute langten neapolitanische Parlamentare im Lager della Rocca an, um wegen Übergabe der Festung zu unterhandeln. Der gefangene General Douglas Scott wurde nach Turin gebracht.

Turin, 3. Nov. Capua hat mit militärischen Geschützen kapituliert. Die 8000 Mann starke Garnison wird nach Neapel geschickt und entwaffnet, um sodann eingeschiffzt zu werden. Capua war nach dem Aufgeben der Volturno-Senie unbeschreibbar. Die Angabe, daß die Besetzung 8000 Mann stark war, scheint irrig. Bekanntlich hiess es, daß nur noch 1500 Mann in der Festung standen, was bei dem allgemeinen Rückzuge der Königlichen auch ganz begreiflich erschien. Über das Treffen vom 29. Oct. liegen noch keine näheren Details vor.

Der am 29. v. M. von den königlichen Truppen erfochtene Sieg bestätigt sich. Aus Rom, 30. Oct. wird gemeldet General Giardini hat gestern die königlichen mit bedeutenden Kräften angegriffen, um den Übergang über den Garigliano zu erzwingen; er wurde zuerst durch die Artillerie und dann mit dem Vojonett zurückgeschlagen. Viele Piemonten sind gefangen genommen. Franz II. hat eine Ulkhe von 5 Mill. Ducaten zu Kriegszwecken eröffnet.

Vorabinformation: Dr. A. Wozet. Verlobt mit angekommenen und abgereisten vom 4. November.

Angekommen sind die Herren Gutsbesitzer: Konrad Gibauer, von Brunnit, Karl Graf Balduki, L. L. Hammerer und Karl Stumer, Ingénieur bei der Karl Ludwig Bank von Wien.

Abgereist sind die Herren Gutsbesitzer: Ladislau Graf Starck, nach Smigrod. Severin Dr. Horoch, nach Wien. Eduard Homolacz, nach Omonia. Leopold Oberhäusler, nach Tarnow. Leopold Mieroszewski, nach Polen.

Nuntiusblatt.

3. 14748. Edict. (2292. 1-3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte werden in Folge Einstreichens des bürgerlichen Besitzers und Bezugsberechtigten des im Tarnower Kreis liegenden, in der Landstafel dom. 27 pag. 171 vorkommenden Gutes Jaszczurowa befuß der Zuweisung des laut Gründung der Krakauer k. k. Grundentlastungs-Ministerial-Commission vom 7. Juli 1856 z. 293 für obige Gut bewilligten Urbarial-Entschädigungen - Capitols pr. 1893 fl. 12½ kr. C.-M. diejenigen, denen ein Hypothekarrecht auf den genannten Gütern zusteht, hiemit aufgesordert, ihre Forderungen und Ansprüche längstens bis zum 20. December 1860 bei diesem k. k. Gerichte schriftlich oder mündlich anzumelden.

Die Anmeldung hat zu enthalten:

- die genaue Angabe des Vor- und Zunamens, dann Wohnortes (Haus-Nr.) des Annehmers und seines alßälligen Bevollmächtigten, welcher eine mit den gesetzlichen Erfordernissen versehene und legalisierte Vollmacht beizubringen hat;
- den Betrag der angesprochenen Hypothekarforderung, sowohl bezüglich des Capitols, als auch der alßälligen Zinsen, in so weit dieselben ein gleiches Pfandrecht mit dem Capitale genießen;
- die bürgerliche Bezeichnung des angemeldeten Post- und

d) wenn der Anmelder seinen Aufenthalts außerhalb des Sprengels dieses k. k. Gerichtes hat, die Namhaftmachung eines hierorts wohnenden Bevollmächtigten, zur Annahme gerichtlicher Verordnungen, widrigens dieselben lediglich mittels der Post an den Anmelder, und zwar mit gleicher Rechtswirkung, wie die zu eigenen Händen geschehene Zustellung, würden abgefertigt werden.

Zugleich wird bekannt gemacht, daß derjenige, der die Anmeldung in obiger Frist einzubringen unterlassen würde, so angesehen werden wird, als wenn er in die Überweisung seiner Forderung auf den obigen Entlastungs-Capitalvorschuss nach Maßgabe der ihn treffenden Reihenfolge eingewilligt hätte, und daß diese stillschweigende Einwilligung in die Überweisung auf den obigen Entlastungs-Capitalvorschuss auch für die noch zu ermittelnden Beträge des Entlastungscapitals gelten werde; daß er ferner bei der Verhandlung nicht weiter gehört werden wird. Der die Anmeldefrist verlängert auch das Recht jeder Einwendung und jedes Rechtsmittel gegen ein, von den erscheinenden Beteiligten im Sinne §. 5 des kaiserlichen Patent vom 25. September 1850 getroffenes Uebereinkommen, unter der Voraussetzung, daß seine Forderung nach Maß ihrer bürgerlichen Rangordnung auf das Entlastungs-Capital überwiesen werden, oder im Sinne des §. 27 des kais. Patent vom 8. November 1853 auf Grund und Boden versichert geblieben ist.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Tarnów, am 23. October 1860.

Nr. 7973. Concurs. (2275. 1-3)

Im galizischen Postdirections-Bezirke ist eine Postofficialstelle lehrt Classe mit dem Jahresgehalte von 525 fl. gegen Cautionsleistung von 600 fl. ö. Währ. und im Falle der Verleihung derselben an einen Postamt-Assistenten des hierortigen Postbezirkes, auch eine Postamt-Assistentstelle leichter Classe mit dem Gehalte von 315 fl. ö. W. gegen Cautionsleistung von 400 fl. ö. W. zu besetzen.

Die Bewerber für jede der beiden Stellen haben ihre geborgne documentierte Kompetenzsuche insbesondere unter Nachweisung der Sprachkenntnisse und jene um die Officialstelle unter Nachweisung der abgelegten Officialprüfung binnen drei Wochen bei der galizischen Postdirektion einzubringen.

k. k. galiz. Post-Direktion.
Lemberg, am 25. October 1860.

Nr. 54144. Concursausschreibung. (2205. 1-3)

Zur Wiederbeschaffung der erledigten 2ten Skriptorsstelle an der Lemberger Universitätsbibliothek mit dem jährlichen Gehalte von fünfhundert fünfzig Gulden öster. Währ. wird hiemit der Concurs bis 8ten December d. J. ausgeschrieben.

Die Bewerber um diese Stelle haben innerhalb des Concurstermines ihre Kompetenzsuche mit den Zeugnissen über die zurückgelegten Studien und dann mit den Nachweisungen über die bisher geleisteten Dienste, und ihrer Beschäftigung seit Beendigung der Studien und zwar insoweit sie bereits in öffentlichen Diensten stehen durch ihre vorgesetzte Behörde, sonst aber unmittelbar bei der k. k. St. Th. in Lemberg zu überreichen.

Die Bewerber haben sich außerdem über die gründliche Kenntnis der polnischen Sprache auszuweisen, wobei insbesondere hervorgehoben wird, daß diejenigen welche sich bereits im Bibliotheksdienste mit Erfolg verwendet haben, und außer solche, die nach der Vorschrift vom 24. Juli 1856 befähigt wären, sich zur Kandidaturprüfung des Gymnasialehramtes zu melden, oder dieselbe mit Erfolg abgelegt haben, besonders werden beachtet werden.

Bon der k. k. galiz. Statthalterei.
Lemberg, 26. October 1860.

3. 6599 civ. Edict. (2293. 3)

Vom Neu-Sandziger k. k. Kreisgerichte wird bekannt gemacht, daß Seine Excellenz der Herr Justiz-Minister mit dem Erlass vom 17. September 1860 z. 18091 den Advokaten zu Neu-Sandz Dr. Leon Bersohn über sein Ansuchen nach Stanislau zu übersezen befunden habe.

Es wird daher für jene vom Herrn Advokaten Dr. Bersohn vertretenen gerichtlichen Geschäfte für welche kein anderer B. vollmächtiger oder amtlicher Vertreter ausgewiesen oder kein spezial Substitut bestellt erscheint,

der Neu-Sandziger Advokat hr. Dr. Johann Micewski wird, und daß diese Fahrten bei dem ersten Ter als General-Substitut und für den Fall dessen Verhinderung hr. Advokat Dr. Dionis Pawlikowski als dessen St. Vertreter ernannt.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Neu-Sandz, am 22. October 1860.

L. 6599. Obwieszczenie.

C. k. Sąd obwodowy Nowo-Sądecki podaje niniejszem do wiadomości, iż Jego Excellency p. Minister sprawiedliwości postanowił rozporządzeniem z dnia 17. Września 1860 do L. 13091 Adwokata Dra Leona Bersohna z Nowego-Sącza diejenigen, denen ein Hypothekarrecht auf den genannten Gütern zusteht, hiemit aufgesordert, ihre Forderungen und Ansprüche längstens bis zum 20. December 1860 bei diesem k. k. Gerichte schriftlich oder mündlich anzumelden.

Ustanawia się tedy dl. tych spraw sądowych przez p. Adwokata Dra Bersohna zastępywanych dla których albo żaden inny pełnomocnik albo urzędujący zastępca niejest wykazany, albo żaden substytut szczególny niejest ustanowiony, Nowo-Sądeckiego Adwokata Dra Jana Micewskiego jako substytuta ogólnego, a w razie przeszkody tegoż p. Adwokata Dra Dyonizego Pawlikowskiego jako jego zastępcę.

Z rady ces. krół. Sądu obwodowego.
Nowy-Sącz, dnia 22. Października 1860.

N. 15414. Edikt. (2297. 2-3)

C. k. krajowy Sąd Krakowski zawiadamia niniejszym edyktom p. Józef Brull, że przeciw niemu Władysław Dąbski i inni o uwolnienie od wszelkiej odpowiadalności sumy 1500 zł. mk. z indemnizacji dóbr Droginia — dla pretensji, dom. L. 346 p. 2 n. 34 on, na dobrach Droginia — zatrzymanej wniosku pozew, w załatwieniu tegoż pozwu ustanawia się termin do ustnego postępowania na dzień 22. Stycznia 1861 o 10ej godzinie zrana.

Gdy miejsce pobytu pozwaneego nie jest wiadomo przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwaneego, jak również na koszt i niebezpieczenstwo tegoż, tutejszego adwokata Dra Mrażka kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wyczerpany według ustawy postępowania sądowego w Galicji obowiązującego, przeprowadzonym bedzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktom pozwaneemu, aby w zwycz oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońce sobie wybrał i o tem c. k. Sądowi krajowemu doniósł; w ogóle zaś, aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych uzyskał — w razie bowiem przeciwnym, wynikły z zaniedbania skutki sam sobie przypisach musiały.

Kraków, dnia 15. Października 1860.

3. 2644 jud. Edikt. (2287. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamt als Gerichte zu Milówka wird bekannt gemacht, daß die executive öffentliche Veräußerung der dem Herrn Anastasius Ritter Siemonek am 9. Uhr Vormittags im Schlosse zu Raicza stattfin-

det, und mine nicht unter die Schätzung wohl aber bei 2ten Licetionstermine und stets nur gegen folgende baare Bezahlung des Kaufpreises veräußert werden.

k. k. Bezirksamt als Gericht.

Milówka, am 17. October 1860.

3. 15263. Edikt. (2298. 3)

Vom k. k. Krakauer Landes-Gerichte wird dem, dem Aufenthalte nach unbekannten Leib Süßer mittels gewöltigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider denselben die k. k. Finanz-Procuratur Namens des hohen Staatsverwaltung wegen unbefugten Auswanderung unter 6. October 1860 z. 15263 eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber mit dem Bescheide vom 16. October 1860 z. 15263 zur Erstattung der Einrede eine 90 tägige Frist anberaumt wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Landesgericht zu dessen Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten den hiesigen Landes-Adwokaten Hrn. Dr. Samelsohn mit Substitution des Landes-Adwokaten Hrn. Dr. Geissler als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtssache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edikt wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbelehrungen dem bestellten Vertreter mitzuteilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem Landesgerichte anzugeben, überhaupt die Vertheidigung dienstlichen vorchristlichen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Krakau, am 16. October 1860.

N. 4186. Concurskundmachung. (2273. 3)

Zu besetzen ist die Schichtenmeisters-Adjunctenstelle, bei der k. k. Salinen-Berg-Inspection in Wieliczka in der XI. Diäten-Class, dem Gehalte jährlicher Fünfhundert zwanzig fünf Gulden und dem systematischen Salz-Deputats-Bezug von 15 Pf. jährlich pr. Familienkopf und mit der Verbindlichkeit zum Erlage einer Caution im Betrage von 262 fl. 50 kr. ö. W.

Bewerber um diese Stelle haben ihre gehörig dokumentirten Gesuche unter Nachweisung des Alters, Standes, Religionsbekennisses, des sozialen und politischen Wohlverhaltens, der bisherigen Dienstleistung, der erforderlichen theoretischen und praktischen Ausbildung in Berufsbüchern überhaupt, und der Manipulations- und Local-Kenntnisse des Wieliczkaer Grubenbaues insbesondere, dann der Kenntnis der polnischen oder einer andern slavischen Sprache, und einer festen, ausdauernden, für Dienstleistungen geeigneten Körper-Constitution; der Cautionsfähigkeit und unter Angabe ob und in welchen Grade sie mit Beamten der k. k. Wieliczkaer Berg- und Salinen-Direction verwandt oder verschwägert sind, im Wege ihrer vorzeichneten Bevörden bei dieser Direction binnen sechs Wochen einzubringen.

Von der k. k. Berg- und Salinen-Direction.

Wieliczka, am 26. October 1860.

Geheime und Geschlechts-Krankheiten

sowie deren Folgeleid:

Impotenz, Unfruchtbarkeit, Rückenmarkswindigkeit &c. heißt brieffisch, schnell und sicher, gegen angemessenes Honorar, Dr. Wilhelm Gollmann, Wien, Stadt Nr. 557.

Von demselben ist auch sein bereits in 4. Aufl. erschienener und bewährter Rathgeber in allen geheimen und Geschlechts-Krankheiten ic. gegen Einsendung von 2 fl. 30 kr. zu beziehen. (2140. 8-12)

Wiener - Börse - Bericht

vom 3. Novemb.r.

Öffentliche Schuldt.

A. Per Staates.

	Geld	Waare
In Ost. B. zu 5% für 100 fl.	62 10	62 25
aus dem National-Anteile zu 5% für 100 fl.	75 90	76 20
Bom Jahre 1861, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	99	97 —
Metallique zu 5% für 100 fl.	65 10	65 80
derw. " 4½% für 100 fl.	55 50	55 75
" 1839 für 100 fl.	124 25	124 50
" 1854 für 100 fl.	89 25	89 75
" 1860 für 100 fl.	88 25	88 75
Somo-Stentenscheine zu 4% austz.	16 50	16 75

B. Per Kronländer.

	Geld	Waare
ion Nied. Oester. zu 5% für 100 fl.	83 50	83 50
von Mähr zu 5% für 100 fl.	87 —	88 —
von Schles. zu 5% für 100 fl.	86 —	87 —
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	87 —	88 —
von Tirol zu 5% für 100 fl.	94 —	93 —
von Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	90 —	91 —
von Unaarn zu 5% für 100 fl.	67 75	68 25
von Lem. Ban. Kroat. u. Sl. zu 5% für 100 fl.	66 —	67 —
von Galiz. zu 5% für 100 fl.	6 50	66 —
von Siebenbürgen.	65 05	66 —

Actien.

	Geld	Waare
er Nationalbank	75 1 —	75 3 —
er Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. öster. W.	169 80	170 —
er Nied. öst. Compte-Gesellschaft zu 600 fl. ö. W.	537 —	39 —
er Saat-Gesellschaft zu 200 fl. ö. W.	1832	1833 —
oder 500 fl.	257 —	257,50
er Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. ö. W.	179 —	179,50
mit Süd.-Nord.-Bahn. Verbind. zu 200 fl. ö. W.	113 —	114 —
er Theres. zu 200 fl. ö. W. mit 14% fl. (70%) Einz.	402 —	404 —
er österr. Lloyd in Triest zu 300 fl. ö. W.	145 —	180 —